NJET!

Das kommunistische Jugendmagazin

Wo die wilde Jugend wohnt...

Warum der Herbst heiss und rot wird...

Wie wir die Reichen am besten beklauen...

wir wollen
FRIEDEN!

SOLIDARITÄT

Ein Appell...

NEIN SAGEN.
NJET! LESEN.

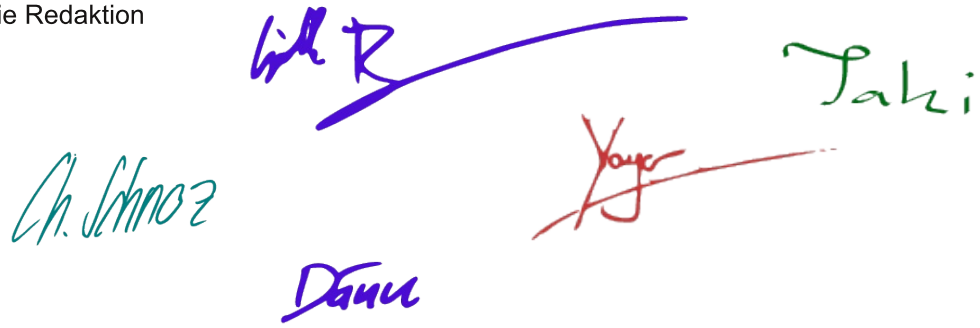
Du hältst die allererste Ausgabe des Njet! in der Hand. Falls du nicht weisst, was es ist, überrascht uns das also nicht. Zwei Worte genügen, um das Rätsel zu lösen: Es ist ein Jugendmagazin und es ist kommunistisch. Du hast richtig gelesen: das Njet! ist ein Magazin, das dich ansprechen wird und es ist von Kommunistinnen und Kommunisten geschrieben. Und ja, es gibt sie noch, diese Commies. Das sind aber nicht irgendwelche alten Säcke und Säckinnen aus dem vorletzten Jahrhundert, die in verstaubten Parteibüros sitzen und besseren Zeiten nachtrauern. Dieses Magazin wurde vollständig und ausschliesslich von Jugendlichen, von Leuten in deinem Alter geschrieben, gestaltet und finanziert. Uns geht es nicht um die ferne Vergangenheit. Uns geht es direkt um unsere und damit auch um deine Zukunft. Und die ist in Gefahr.

Krieg, Gewalt und Ausbeutung. Umweltverschmutzung, Artensterben und Klimawandel. Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Armut. All diese Probleme, die jeden Menschen auf diesem Planeten bedrohen, haben eine gemeinsame Ursache: den Kapitalismus. Der Kapitalismus ist die Herrschaft der Kapitalisten, der Reichen, und diese Herrschaft muss enden. Es gilt, den Kapitalismus nicht nur zu überwinden, sondern ihn zu zerschmettern, damit er es niemals wieder wagt, seine hässliche Fratze zu zeigen.

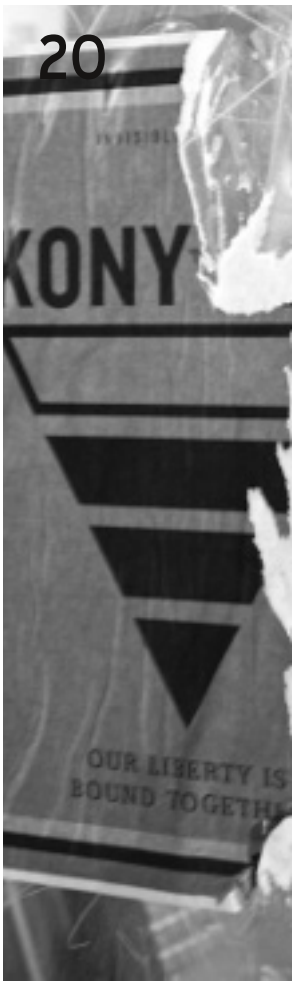
Hässlich ist es in Syrien, wo Aufständische, die von westlichen Kapitalisten und saudischen Ölscheichs gesponsert werden, die Regierung des Volkes zu stürzen versuchen. Dabei geht es nicht um Menschenrechte. Es geht einzig und allein um Macht und Geld. Und unsere ach so neutrale Schweiz treibt Waffenhandel genau mit den Staaten, welche die Aufständischen mit Waffen beliefern; sie setzt Sanktionen durch, die das syrische Volk tiefer ins Elend stürzen.

Wir müssen also etwas tun. Denn ein Krieg dessen Folgen für uns und Syrien nicht absehbar sind, dürfen wir nicht zulassen. Du hast dabei die Möglichkeit mitzuhelfen, dass die Schweiz nicht an der Eskalation in Syrien mitarbeitet. Schliesse dich dem Appell für den Frieden in Syrien an, den du in dieser Ausgabe des Njet! findest. Setze der ganzen Kriegsrhetorik etwas entgegen. Denn: Wir wollen Frieden!

Die Redaktion



Inhalt:



★ Inland

02 Roter Oktober
Das Event des Jahres: Junge Kommunisten machen Party und Diskussion. Anmeldung und Programm.

04 Reiche beklauen!
Warum die Panzerknacker geil sind, Blocher blechen muss und Zürich zu reich ist.

06 Tanz dich frei 2
Die Jugend hat auf der Strasse getanzt. Wir waren dabei. Und haben Bilder.

08 Besser wohnen
«Wie wohnst du?» Mit dieser Frage im Kopf haben wir uns mit dem grossen Thema «Wohnen» befasst.

★ International

13 Angst und Illusionen
In Griechenland sind die Kommunisten auf der Strasse stark, im Parlament schwach. Ein Gastkommentar unserer Schwesterorganisation SDAJ.

16 Appell für den Frieden
Syrien droht Krieg. Die Schweiz macht mit. Ein Aufruf gegen Einmischung und Kriegstreiberei.

20 Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?
Geht es bei KONY 2012 wirklich um humanitäre Hilfe für unschuldige Kinder oder steckt mehr dahinter?

23 Wo sitzt der Teufel?
Jeder scheint zu wissen: Der Teufel sitzt in Teheran. Die Textsammlung «Iran: Fakten gegen westliche Propaganda» soll aufklären. Eine Rezension.

Impressum

Herausgeberin:
Kommunistische Jugend Schweiz
Postfach 6966
3001 Bern

Redaktion:
info@KommunistischeJugend.ch

Erscheint circa alle drei Monate

2012

Roter Oktober
«Krieg und Frieden»

Liebe Genossen, Genossinnen, Sympathisantinnen, Sympathisanten und Interessierte

Der Rote Oktober, unser Bildungs-, Diskussions- und Austauschwochenende, wird dieses Jahr vom Freitag, dem 2. November bis zum Sonntag, dem 4. November 2012 stattfinden. Wir freuen uns jetzt schon über Anmeldungen im Voraus. Es bestehen die Möglichkeiten alle drei Tage Teil zu nehmen oder erst samstags anzureisen.

Anmeldung
info@KommunistischeJugend.ch
Bitte Folgendes angeben:
Namen, Vornamen, Mail-Adresse (wenn nicht vorhanden, andere Kontaktmöglichkeit), Allergien und Essgewohnheiten (vegi/vegan, andere Essgewohnheiten angeben), Ankunft (Freitag oder Samstag).
Preise: 50.- bis 15.10.12. Vor Ort bezahlen: 60.-

PROGRAMM

FREITAG

Workshops
Diverse Kurse ab 15:00 Uhr: Artikel schreiben, Transparente malen, konsensorientierte Diskussionsleitung.

Filmabend

SAMSTAG

Zur allgemeinen Wehrpflicht
Diesen Januar reichte die GSoA die Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» ein. Der Vorstoss fällt in eine Zeit, in der weltweit die Armeen umstrukturiert werden. Teil dieser Neuformierungen ist gerade auch eine Abkehr von der allgemeinen Wehrpflicht. Dabei wurde die Wehrpflicht unter anderem mit und nach der französischen Revolution zum Grundprinzip bürgerlicher, das heisst nachfeudaler Armeen erhoben. Wir fragen uns deshalb, ob die Initiative dem Bürgertum nicht eine Steilvorlage gibt, links-legitimiert die Schweizer Armee an die heutigen Anforderungen der kapitalistisch-imperialistischen Herrschaft anzupassen. Wir erinnern uns auch, dass die allgemeine Wehrpflicht früher eine Forderung der Arbeiterbewegung, etwa des Generalstreiks von 1918 war – trotz ihres Wissens, dass Armeen stets die Interessen der herrschenden Klassen zu verteidigen haben. Es lohnt sich also, jene zu Wort kommen zu lassen, die die Klassenfunktion von Armee und Staat zum ersten Mal konkret festhielten. Es sind dies Marx und Engels und die in ihrer Tradition stehenden marxistischen Theoretiker und kommunistischen Führer. Der Vortragende: Franz Fischer, Mitglied der Neuen PdA Basel.

Welche Friedensbewegung für das 21. Jahrhundert? (Teil 1)
Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, möglicherweise bald Iran. Krieg herrscht in vielen Teilen der Welt. Doch die politische «Linke» steht wie gelähmt da, nicht fähig, die Massen gegen den Krieg zu mobilisieren. Der Libyenkrieg war das beste Beispiel dafür. Schlimmer: Einige, sich zum progressiven Teil zählende Menschen, befürworteten eine Intervention aus «humanitären» Gründen. Mit Esteban Munoz, Mitglied der KJ Suisse-Romande und Koordinator des «centre d'études marxistes» (Chemarx), werden wir der Frage nachgehen, warum Kriege geführt werden. Und weiter: Wie können wir uns gegen den Krieg engagieren? Und mit welcher Perspektive? Kurz: Was macht eine Friedensbewegung des 21. Jahrhunderts aus.

Medienlügen und Kriegspropaganda
Kriegspropaganda ist in unserem Leben omnipräsent. Mal verdeckt, mal offen. Sie ist die Vorbereitung auf kommende Kriege. Die Medien spielen dabei heutzutage eine wichtige Rolle. Welche (Informations-)Mittel stehen uns zur Verfügung? Wie können wir die Informationsmenge bearbeiten? Wie können wir der Kriegspropaganda entgegenwirken? Kurz: Was macht einen Friedensaktivisten heute aus? Diesen Fragen werden wir mit Cyrille Baumann, Mitglied der Kommunistischen Jugend Bern nachgehen.

SONNTAG

Welche Friedensbewegung für das 21. Jahrhundert ? (Teil 2)
Erfahrung, Erfahrung, Erfahrung. Neben theoretischen und praktischen Fragen der Friedensbewegung können wir aus einer reichen Erfahrung schöpfen. Die Schweizerische Friedensbewegung (SFB), gegründet 1949, kann auf eine bewegte Zeit zurückblicken. Wir wollen mit Jonas Jäggi, Sekretär der SFB, über die Geschichte dieser Organisation mehr erfahren. Und daraus auch Schlüsse für zukünftige Kämpfe ziehen.

Eure Kommunistische Jugend Bern

Reiche beklauen!

In Zürich läuft ein krummes Ding. Es wird zum Raubzug gegen Bonzen und Grossunternehmen aufgerufen. Hä?

Zürich fehlt der Geldspeicher. Zum Glück für Dagobert Blocher und seine Freunde – so sieht man nicht auf den ersten Blick, wer hier was hat. Das Zürcher Steueramt weiss es trotzdem: 1,5 Prozent der Zürcher Steuerpflichtigen besitzen 45 Prozent sämtlicher Vermögen im Kanton. Oder so: 12'900 Dagoberts haben 123'000'000'000 Franken angesammelt. Wer jetzt überlegen muss (wie es der Autor musste), dem sei gesagt: Das sind 123 Milliarden Franken.

Klingt nach viel? In der Tat. Aber das lässt sich noch toppen. 5,2 Prozent aller Zürcher Firmen besitzen 96 Prozent sämtlichen Firmenkapitals. Das wären dann noch 2'400 Grossunternehmen, die 405'000'000'000 Franken horten. Nun sind Firmen keine Lebewesen, werden aber von solchen geleitet. Und da zeigen sich ganz erstaunliche Dinge, etwa dass die Grossunternehmen gleich auch von Grossmillionären «geführt» werden. Ein Blocher gehört zum reichsten Prozent von Zürich; seine ehemalige Ems-Chemie zu den 5 Prozent. Wunderlich wunderlich.

Reiche besitzen Reiches und werden – reicher

Es sei ein Geheimnis verraten: Nur wer Firmen besitzt, nur wer Firmen leitet, hat überhaupt eine Chance, Millionär zu werden. Und zwar nicht wegen seiner eigenen, sondern wegen der Arbeit anderer Leute. Denn in den Grossunternehmen von Zürich, da schuften die Donalds dieser Gesellschaft. Die armen Teufel, die für ein paar Franken den Flur scheuern oder jeden Mist, den sie eigentlich gar nicht wollen, trotzdem mitmachen müssen – etwa am Fliessband stehen und stumpf und dumpf 1'000 Mal am Tag denselben Handgriff machen. Es ist ihre Arbeit, die all die schönen Dinge (Brot, Autos, Betten) herstellt. Vor allem aber ist es ihre Arbeit, von der Blocher und Co leben. Und dabei wird der typische Donald in Zürich, so sehr er sich auch anstrengt, nicht mal gut bezahlt: 80 Prozent der Zürcher Bevölkerung verdienen weniger als 100'000 Franken im Jahr.

«Damit Blocher deine Steuern zahlen muss!»

Unter solchen Bedingungen sind die Panzerknacker Helden. Sie wollen den grössten Ausbeuter weit und breit bestehlen – wen könnte das nicht freuen? Ihr einziges Problem: Die Paar Säcke, die sie haben, reichen nicht; was sie erbeuten, wollen sie für sich selbst. Verständlich, aber dumm – so gewinnt man keine Sympathien.

Also anders. Den Multimillionären und Grossunternehmen in die Tasche greifen, dann aber das Geld an die Arbeitenden und Jugendlichen verteilen. In Zürich gibt es dafür die «Steuerbonus für dich»-Initiative. Wer mehr als 3 Millionen auf dem Konto hat, zahlt ein Prozent mehr Steuern; wer weniger als 100'000 verdient, bekommt einen Bonus von 5'000 Stutz. So macht man das!

Yoyo, Zürich

Kommunistische Jugend Zürich

Initiative hier unterschreiben!

Eine EINMALIGE Sache

Bonzen und Grossunternehmen mit einem Prozent belasten

5000 Franken weniger Steuern für Dich

3000 Franken weniger Steuern für Deine Familie pro Kind

www.Steuerbonus.ch

www.KommunistischeJugend.ch

Plakat nicht aufkleben!

Tanz dich frei 2!

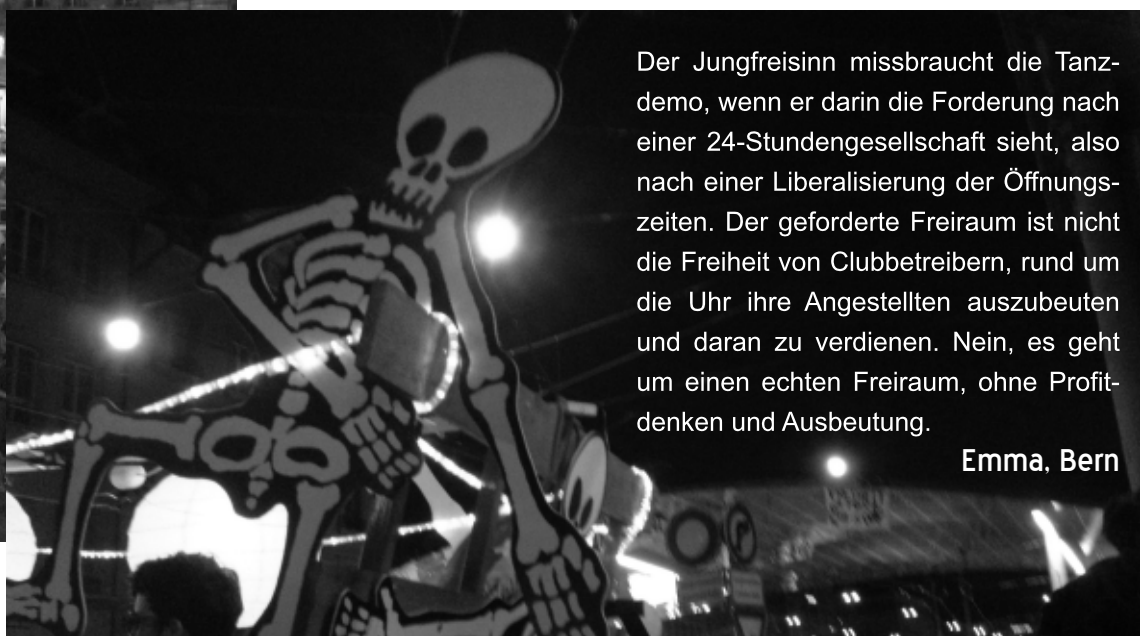
Die Reduktion der Festbesucher auf ein oberflächliches, saufendes Partyvolk seitens rechtsbürgerlicher Politiker (und der letzten «sozialistischen» Zeitung) diente lediglich der Diffamierung des Ereignisses, das gerade von jener Seite als sehr bedrohlich wahrgenommen werden muss. Statt Regulierungen in Massen, Massen auf der Strasse – tanzend.

Das Strassenfest vom 2. Juni in Bern ist die grösste Jugendkundgebung seit November 1987. Die Forderung nach Freiraum und der Protest gegen staatliche Repression sind, wie bereits in den 80er Jahren, die Motivation der Jugend, auf die Strasse zu gehen.

So sieht unser ANTIKAPITALISMUS aus.

Der Vorplatz der Reitschule ist einer der wenigen Orte, an denen ein Freiraum für spontane Begegnungen besteht, an dem man sich fern von Konsumzwang und ohne vorgegebene Dresscodes treffen kann und bleiben darf.
Die Medien verschwiegen den antikapitalistischen Charakter des Tanz dich frei Umzuges. Dass das Tanz dich frei organisiert wurde; dass in ihm Arbeit steckt, nämlich die Arbeit politischer Gruppen – all das ficht unsere Zeitungsschreiberlinge nicht an.

Über 14‘000 Menschen tanzten durch die Berner Innenstadt. Begleitet wurden sie von originellen Karren und Sound-mobiles, auf denen Bühnen für Bands und DJs geboten wurden. Musik, Verkleidungen, tanzende, ausgelassene Menschen – die Stimmung war friedlich.



Der Jungfreisinn missbraucht die Tanzdemo, wenn er darin die Forderung nach einer 24-Stundengesellschaft sieht, also nach einer Liberalisierung der Öffnungszeiten. Der geforderte Freiraum ist nicht die Freiheit von Clubbetreibern, rund um die Uhr ihre Angestellten auszubeuten und daran zu verdienen. Nein, es geht um einen echten Freiraum, ohne Profitdenken und Ausbeutung.

Emma, Bern

Besser wohnen

«Wie wohnst du?» Mit dieser Frage im Kopf hat sich das Njet! mit dem grossen Thema «Wohnen» befasst. Vorläufiges Fazit: Wohnen, wie sie will, kann die Jugend nicht. Markt sei dank.

Ein Bier in der Hand – sie lächelt mich an. «Zu dir?» Die Überschlagsrechnung im Kopf. Es ist 3 Uhr, meine Mitbewohner sind also entweder selbst unterwegs (betrunken) oder am schlafen (auch egal), das Zimmer sieht für halbwegs alkoholisierte Verhältnisse akzeptabel aus und, wichtiger, in 10 Minuten sind wir da. Das gibt das gewünschte Resultat und eine gute Nacht: «Zu mir.»

Wohnen ist wichtig! Wohnen ist mehr als nur der Ort zum Pennen, denn wo du wohnst, da bist du – da spielen sich auch soziale Kontakte ab, da holst du deine Freunde hin, wenn es gut ist, oder nicht, wenn du dich gestört fühlst; da feierst du mal 'ne Party oder nimmst (nach der Party) jemanden mit ins Bett; da entwickelt sich, wenn du daheim lebst, auch der Stress mit deinen Eltern. Aber weil du so oft bist, wo du wohnst, wird, wie du wohnst, mitbestimmen, wie du (drauf) bist. Du fühlst dich daheim nicht wohl? Dann kannst du darauf wetten, dass du auch abseits von Zuhaus latent gestresst sein wirst. Dann machst du vielleicht auch 'nen Fehler mehr in der Prüfung, verhaust was in der Lehre. Oder, in den Worten von Melanie (20), Studentin in Zürich: «Wohnen ist mir mega wichtig. Egal wie's sonst läuft, das sollte der Ort sein, wo du dich wohl fühlst. Das ist der Aus-

gangspunkt. Da startest du den Tag und da kommst du auch wieder hin zurück. Klar kümmer' ich mich darum.»

Vom Wohnungsmarkt

Aber düster sieht es aus für die Jugend, für Melanie und dich und mich. Die Schweiz kennt kein Recht auf Wohnen. Und wo es kein Recht gibt, da gibt es auch keine Hilfe – wenn du wohnen willst, dann musst du dich durchsetzen können, musst die Mittel haben, um es zu können. Da der Schweizerische Staat das Wohnen nicht regelt, wirst du in deiner Suche nach einer Wohnung auf eine fremde Macht stossen: den Markt. Er ist frei und er ist bedrohlich.

Eine kleine Einzimmerwohnung in Bern kostet durchschnittlich bereits 706 Franken im Monat. Wer in mehr als einer Besenkammer leben möchte, vielleicht gern ein zweites Zimmer hätte, darf mit 1'076 Franken rechnen.[1] In eine Richtung ist die Grenze offen: nach oben. In Zürich, der anderen Deutschschweizer Grossstadt, sieht es nur schlimmer aus. 791 Franken für ein Zimmer, 1080 Franken für zwei.[2] «Zürich ist die teuerste Stadt der Welt», titelte «20 minuten» am 14. Februar 2012. Und im Städteindex der Konsumentenpreise Zürichs heisst es: «Im Budget eines Privathaushalts ist die Wohnungsmiete der grösste Ausgabenposten.»[3] Wohlgemerkt: Das Budget eines Privathaushalts wird gemessen an Arbeitenden. Für die erwerbslose Jugend macht eine Wohnung nicht einen Grossteil ihrer Kosten aus. Sie ist schlichtweg unerschwinglich.

Aber warum ist das so? Zählen die Interessen der Jugend denn nichts? Dem Markt nicht. Dem Markt zählt nur, was er zählen kann: Geld, Profit. Um den zu steigern, müssen die Mietpreise so hoch sein, wie es geht.

KJ fordert!

In Erwägung, dass die Jugend wohnen muss, fordern wir die Durchsetzung eines staatlichen, nationalen Wohnbauprogramms, geplant und orientiert an den Bedürfnissen nach günstigem und qualitativ angemessenen Wohnraum. Aufhebung der Marktförmigkeit im Wohnungsbau und bei der Vergabe von Wohnungen. Orientierung der Mieten am Einkommen.

«Stadtsäuberung»

Da werden gute, billige, bewohnte Häuser leergeräumt, abgerissen oder umgebaut und für einen höheren Preis neu vermietet. In der Konsequenz führt das zur völligen Umgestaltung von ganzen Quartieren, Arbeiterfamilien werden aus ihren Häusern vertrieben. Bonzen und Yuppies ziehen ein. Oh – und der Preis der Mieten steigt, natürlich. «Gentrification» heisst hier das Zauberwort. Die Städte selbst fördern diese Entwicklung. Sie hoffen auf mehr reiche Mieter, die für die Stadt «gute» Steuerzahler bedeuten. So wird Quartier um Quartier «aufgewertet» – die saubere Stadt der Bestverdienenden ist das Ziel. Dass die Arbeitenden und Jugendlichen dabei auf der Strecke bleiben, stört wenig. Dem eigentlichen Wohnungsmarkt ist das recht. Denen, die hinter ihm stehen und kräftig abkassieren – die Spekulanten und Immobilienbesitzer – auch. Uns passt das nicht in den Kram, noch weniger in unsere Vorstellungen vom Wohnen. Auch Melanie hat dazu eine Meinung: «Was mich vor allem stört, ist, wie viele alte Wohnungen abgerissen und Luxuswohnungen hingesetzt werden. Das nervt mich halt schon. Wo meine Freundin gewohnt hat, waren sieben oder acht Wohnblocks mit billigen Wohnungen. Die wurden alle platt gemacht.» Sie seufzt. «Das ist das Erste, das ich ändern würde.» *Würde*. Wenn sie könnte. In diesem Staat kann sie nicht.

Der Krieg aller gegen alle

Was sie auch nicht ändern kann, ist die Konkurrenz, die der Markt voraussetzt. Die Immobilienbesitzer und Spekulanten sind hier in einer komfortablen Situation. Es gibt viel weniger günstige Wohnungen als Jugendliche, die gern eine hätten. Oder so: «Aufgrund der Zählung kann folglich für das Jahr 2011 auf dem Wohnungsmarkt der Stadt Bern von einem Nachfrageüberschuss gesprochen werden.»[4] Und wie das so ist mit der Nachfrage: Sie steigert nur den Preis, nicht das Angebot. Es ist ja auch verständlich, warum so viele in die Städte wollen: Die einen, um zu arbeiten; die anderen, um zu studieren; die nächsten, weil sich all das Leben, die Partys, die Kultur in ihnen abspielt. (Anm. d. Red.: Wir geben zu bedenken, dass es auch ein Leben ausserhalb der Stadt gibt...)

Ein «Nachfrageüberschuss» sieht in der Praxis dann so aus:

[1] Zählung der leer stehenden Wohnungen und Arbeitsräume in der Stadt Bern am 1. Juni 2011
[2] Mietpreise Stadt Zürich; Ergebnisse der Mietpreis- und Strukturerhebung 2006
[3] Zürcher Städteindex der Konsumentenpreise 2011, Zürcher Index der Mietpreise, S. 18
[4] Zählung der leer stehenden Wohnungen und Arbeitsräume in der Stadt Bern am 1. Juni 2011

Da ist ein Besichtigungstermin für eine kleine 3-Zimmer-Wohnung, Zürich Mitte. Er dauert 30 Minuten. Es stehen 100 Menschen vor der Tür. Natürlich schaffen es in den 30 Minuten nicht alle, sich die Wohnung anzusehen. Die meisten sind also umsonst gekommen – und von den ganzen Hundert wird am Ende nur einer einziehen dürfen.

So geht das Spiel auf dem freien Wohnungsmarkt: Der einzige, der sicher gewinnt, ist der Hauseigentümer. Für dich und mich und die Jugend im Allgemeinen hat das «freie Spiel der Kräfte» keinen sonderlich angenehmen Charakter. Tatsächlich werden wir da zu Spielbällen; auf der Wohnungssuche von einem Ärgernis zur nächsten Unmöglichkeit gestossen. Klipp und klar: «Der Markt» befriedigt die Bedürfnisse der Jugend nach gutem Wohnen nicht. Er kann es nicht, er will es auch gar nicht.

Die Schüler...

Aber wer ist denn überhaupt gemeint, wenn wir nun von «der Jugend» schreiben? Einerseits die Schüler und Schülerinnen der obligatorischen Schuljahre. Sie sind die «Masse» der Jugend: Über 769'000 Jugendliche gehen noch zur Schule.[5] Aber Schüler sein, das heisst: Ich bin noch nicht mündig, vermutlich nicht älter als 16; ich habe maximal einen vernachlässigbar kleinen Lohn; meine bedeutendste Verbindung zu dieser Gesellschaft ist die Schule und vielleicht ärgern mich meine Eltern, aber ausziehen, so richtig kann ich mir das nicht vorstellen. Meiner ganzen Lebenslage nach beschränkt sich das Thema Wohnen eher auf: mein Zimmer, den Küchenkühlschrank.

...und die Arbeiterjugend

Demgegenüber stehen die Jugendlichen in einer «beruflichen Grundbildung». Ebenfalls eine nicht übersehbare Gruppe: Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie gibt an, dass die Schweiz mittlerweile 232'000 Berufslernende hat.[6] Hier wird es tatsächlich kompliziert, hier haben wir es mit der Arbeiter- und Angestelltenjugend zu tun. Dein Kumpel, der die KV-Lehre macht und deine Freundin, die Schreinerin wird. Es gibt Gemeinsamkeiten und Differenzen zur Position von Schülern: Sie sind noch an einem bis zwei Tagen in der Schule, aber sie sind älter (zwischen 15 und 20). Und sie haben Geld, nämlich ihren Lehrlingslohn oder einen Nebenerwerb. Mit dem Alter, mit dem Geld – da werden sie selbstständig: sie gehen in den Ausgang, sie entwickeln ganz neue Bedürfnisse, ihre Eltern sind (häufig) weniger wichtig als ihre Freunde. Sie haben sich in vielen Bereichen losgelöst von ihren Eltern. Logisch, dass sie es auch im Wohnen gern würden.

Mit dem Wohnen kommt eine neue Freiheit, und da sie sich ansonsten aus vielen vorigen Bindungen befreit haben, wird es zu einem Thema der Arbeiterjugend. Aber sie stossen an Grenzen. Nicht ihre Grenzen, sondern Lohngrenzen. So beträgt der Medianlohn[7] der Lehrlinge:

1. im ersten Jahr 637 Franken
2. im zweiten Jahr 818 Franken
3. im dritten Jahr 1106 Franken
4. im vierten Jahr 1141 Franken.[8]

Und so nah sie ihrer Lage nach auch am eigenen Wohnen sind, so fern halten sie ihre Finanzen von der eigenen Wohnung. So geben die Lehrlinge, da-

[5] Bundesamt für Statistik, Zugriff am 19. 6. 2012 http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/15/01/key/blank/02.html
[6] Fakten und Zahlen, Berufsbildung in der Schweiz 2012
[7] Mittelwert, der Ausreisser nach oben oder unten grösstenteils ignoriert.
[8] Auswertung der Umfrage der Unia Jugend zu den Lehrlingslöhnen in der Schweiz (2007 / 2008)

Harald (21), Berufsmaturand in Zürich:

«Während der Lehre kannte ich in der ganzen Berufsschule nur einen Lehrling, welcher alleine wohnte. Junge Arbeiter schon mehr, die meisten zogen direkt nach der Lehre aus, als sie es sich leisten konnten.»

Nils (15), Schüler aus Zürich:

«Ich würde sehr gerne ausziehen, weil ich dann endlich weg von den Eltern wäre. Aber ausziehen kann ich nicht, weil ich erstens zu wenig Geld habe und zweitens, weil ich eine WG oder etwas anderes suchen müsste.»

Simon (23), Koch aus Bern:

«Ich habe mit 16 zum ersten Mal versucht auszuziehen. Es hat mich aber aus finanziellen Gründen noch einmal zurück zu den Eltern verschlagen. Mit 19 hat es dann geklappt.»

nach gefragt, was ihr Budget am meisten belastet, nur zu 12 Prozent das Wohnen an. Aus dem einfachen Grund, dass sie nicht alleine wohnen. So bleiben sie also doch an ihre Eltern gebunden.
So ist die Lehrstelle: Die müssen am Morgen in die Schule, am Abend vor den Schreibtisch zum Lernen, am nächsten Tag arbeiten. Natürlich bleibt da kaum Zeit, sich neben der Lehre noch etwas «dazuzuverdienen». Und so ist ihre Lehre arbeitsintensiv aber mies bezahlt, bringt ihnen neue Freiheiten und tausend neue Schranken. Zynisch, denn mit den Lehrlingen wird gut Geld gemacht: die Schweizer Betriebe verdienen an der Arbeit der Lehrlinge jährlich rund 500 Millionen Franken.[9] Reiner Profit auf der einen Seite, unanständig tiefe Bezahlung auf der anderen. Wohnen ist da in weiter Ferne, denn ausgebeutet bist du, wenn du Lehrling bist. Traurig, traurig…

KJ fordert!
In Erwägung, dass die Berufslernenden arbeiten und Wert schaffen, fordern wir eine angemessene Entlöhnung ihrer Arbeit, die ihnen ein eigenständiges Leben und Wohnen möglich macht. Die Lehrlingslöhne sind mindestens zu verdoppeln und die 13. Monatslöhne zu gewährleisten. Angebot kostenloser, staatlicher Wohnheime.

Ferner liefen: Studierende

Bleibt noch die studentische Jugend. Da bietet sich uns gleich ein ganz neues Bild: 250'000 Studierende zählt die Schweiz. Deren Mehrheit wohnt – nicht mehr bei ihren Eltern! Von allen Studis leben tatsächlich nur 38 Prozent bei ihren Eltern. Doch sind nicht alle Studis jung. Während der fröhliche Student von nebenan, grad 22 geworden, eher noch bei seinen Eltern wohnt (59 Prozent), sieht es bei dem geplagten älteren, bis 27, genau umgekehrt aus (28 Prozent).[11] Wie das geht? Einerseits sind Studierende (im Vergleich) alt, beginnend mit 18 oder 19 Jahren. Interessanter ist aber, dass sie auch berufstätig sind: 77 Prozent der Studis von 21 bis 25 Jahren arbeitet; und je älter sie werden, desto mehr. Allerdings arbeiten sie im Schnitt selten mehr als 20 Stellenprozent.[12] Hinzu kommen Stipendien und oftmals Unterstützung durch die Eltern. Melanie kommt so auf 250 Franken im Monat durch ihren Job, dazu noch 470 durch ihre Eltern und gute 750 Franken Stipendien. Sie dürfte die meisten Lehrlinge locker hinter sich lassen. Dafür verdient sie über Jahre hinweg keinen normalen Lohn, wo Lehrlinge bereits voll im Berufsleben stecken. Und das ist dir wie uns ja klar: Mit dem, was Melanie hat, ist man nicht reich – und arm ist man, wenn man noch wohnen will. Von dem Geld muss sie die Miete zahlen, die Studiengebühren, die Kosten für ihr Essen, für den Ausgang, für den Strom, für die Kleidung, sogar für die verdammte Waschmaschine. Da bleibt nicht viel übrig.
Ergo: «Mehr als 500 Franken darf eine Wohnung für mich nicht kosten, maximal 650. Aber dann müsste ich schon mehr arbeiten gehen.» Und das, wo ein Studium bereits zum Vollzeitjob mutiert ist …

KJ fordert!
In Erwägung, dass Wohnen und Studium gerade für Jugendliche aus der Arbeiterklasse schwer vereinbar sind, fordern wir, dass deren Vereinbarkeit ermöglicht wird. Automatische Zuweisung von Stipendien, deren Höhe an den Lebens- und Wohnkosten der Studierendenschaft orientiert ist. Abschaffung der Studiengebühren und des Bologna-Systems.

To be continued…

Unabhängiges Wohnen ist ein Wunsch der Jugend. Es war meiner, es ist deiner – oder wird deiner werden. Aber die Mieten sind hoch, leere Wohnungen selten, die Jugend (ob Lehrling oder Studentin) hat keine Kohle. Einen sozialen Staat, der für unsere Bedürfnisse einsteht, haben wir nicht; dafür die Herrschaft des Markts.
Was ist zu tun? Wir sagen dir, was wir tun werden – erstmal schauen, ob da was geht. Gibt es andere Formen des Wohnens, als die allein im kleinen Zimmer? Wie ist das, in 'nem besetzten Haus zu wohnen? Geht das für dich? Was sind eigentlich Wohngemeinschaften? Kommt so was in Frage? Und das erfährst du beim nächsten Mal. Denn wohnen ist wichtig. Aber wohnt die Jugend richtig?

Daniel, Bern
Yoyo, Zürich

[9] Fakten und Zahlen, Berufsbildung in der Schweiz 2012
[10] Studien- und Lebensbedingungen an den Schweizer Hochschulen, Hauptbericht der Studie zur sozialen Lage der Studierenden 2005
[11] Studien- und Lebensbedingungen an den Schweizer Hochschulen, Hauptbericht der Studie zur sozialen Lage der Studierenden 2005

Angst und Illusionen

Die griechische Bevölkerung hat gewählt - zum zweiten Mal innert weniger Wochen. Die Syriza als «linksradikale» Partei hat dabei gewonnen, ohne Wahlsiegerin zu sein. Die Kommunistische Partei Griechenlands aber musste massive Verluste hinnehmen. Warum? Ein Text unserer Schwesterorganisation SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend).

Wie ist es möglich, eine Regierung zu bilden, die die Macht des Kapitals in Griechenland auch in der Krise garantieren kann? Das war die Frage, die die Herrschenden im Land und in der EU zu beantworten hatten. Für den Moment haben sie eine Lösung gefunden: Die konservative Nea Dimokratia (ND), die sozialdemokratische PASOK und die Demokratische Linke konnten nach der letzten Parlamentswahl eine Regierung bilden. Bis zum Wahltag war unklar, ob es nicht doch zu einer «Linksregierung» unter Führung der SYRIZA kommen würde.

Einfache Lösungen

Die Krise, die Staatsschulden und der Widerstand gegen die herrschende Politik haben das politische System in Griechenland destabilisiert. Zwei Parlamentswahlen und wochenlanges Chaos standen vor der Regierungsbildung. Zwei Lager, so haben es die bürgerlichen Medien dargestellt, standen sich dabei gegenüber: Die Kräfte der Vernunft, die das Memorandum, also die Sparpolitik, unterstützten. Und die Gegner der Sparpolitik, diejenigen, die die barbarische Verarmung der arbeitenden Bevölkerung be-

enden wollten. Die Befürworter der Sparpolitik setzten auf die Angst der Menschen: Ein Aufkündigen der Sparprogramme würde dazu führen, dass Griechenland aus der Eurozone fliegt. Dann käme alles noch schlimmer, als es jetzt schon ist. Griechenland würde ein Entwicklungsland werden, die Sparpolitik – und der Spitzenkandidat der ND, Samaras – seien das kleinere Übel. Dabei bekamen sie viel Unterstützung: Von Angela Merkel und Francois Hollande, vom IWF und der Financial Times Deutschland. SYRIZA hielt dagegen: Eine «Linksregierung» könne das Sparprogramm beseitigen und die Kontrolle über die Banken übernehmen, ohne aus der Eurozone auszutreten. Es käme nur darauf an, richtig zu verhandeln – einen Euro-Austritt Griechenlands könnten sich die anderen europäischen Länder gar nicht leisten. Auf der einen Seite die Angst vor dem Chaos, auf der anderen Seite das Versprechen einer einfachen Lösung für alle Probleme – das war der Wahlkampf in Griechenland.

Eine Wahl?

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) unterstützte keine dieser beiden Positionen. Sie machte deutlich: Im Kampf gegen die Verarmung der Bevölkerung, im Kampf gegen die kapitalistische Krise gibt es keine einfache Lösung. Das Kapital in Griechenland und in der EU ist darauf angewiesen, die griechische Bevölkerung zur Kasse zu bitten, weil dies die einzige Möglichkeit ist, um seine Profite zu sichern. Die einzige Wahl, die das Kapital den arbeitenden Menschen in Griechenland lässt, ist, auf welche Weise die Verelendung weiter gehen soll: Durch Sparprogramme in der EU oder durch einen unkontrollierten Staatsbankrott. Der einzige Ausweg ist, dass das Volk die Dinge in die eigenen Hände nimmt und dem Kapital die Kontrolle über den gesellschaftlichen Reichtum nimmt: Die Wirtschaft und die Macht des Volkes, der Sozialismus. Diesen Weg zu nehmen ist nur durch lange und harte Kämpfe möglich.

An der Wahlurne stark

In der Wahl vom 17. Juni erhielt die KKE 4,5 Prozent der Stimmen, im Mai hatte sie noch 8,5 Prozent bekommen. Die KKE verlor Stimmen, weil sie keine einfachen Lösungen anbieten konnte. Die Protestwähler, diejenigen, die auf eine Lösung an der Wahlurne gehofft haben, haben lieber SYRIZA gewählt. Die KKE hat in den letzten Jahren eine entscheidende Rolle in den Kämpfen der griechischen Bevölkerung gespielt, die klassenbewusste Gewerkschaftsfront PAME war die führende Kraft in den vielen Generalstreiks. Aber an der Wahlurne waren die Versprechungen der SYRIZA stärker als die Vorschläge der Kommunisten. Aber, das erklärt die KKE, der Einfluss der Partei zeige sich nicht in erster Linie bei Wahlen, sondern in den Kämpfen im Betrieb und auf der Strasse. Diese Kämpfe weiterzuentwickeln und immer mehr Menschen davon zu überzeugen, dass nur der Sozialismus eine Lösung für die Widersprüche unserer Gesellschaft bietet, darin sehen die griechischen Kommunistinnen und Kommunisten auch nach der Wahl ihre Aufgabe. Den Vorschlag, eine «Linksregierung» zu bilden, halten sie dagegen für schädlich, weil er Illusionen über eine Lösung im Rahmen des Kapitalismus schüre.

Kein Spielraum

Denn egal, was eine solche Regierung machen würde: Ihre Handlungsmöglichkeiten würden durch die Staatsschulden und den Druck der großen EU-Länder, durch die wirtschaftliche Kontrolle des einheimischen Kapitals und den Widerstand des Staatsapparates eingeschränkt. Eine solche Regierung könnte bestenfalls einige symbolische Änderungen an der Sparpolitik durchsetzen. Darüber hinaus könnte sie nichts anderes tun, als den Kapitalismus zu verwalten. Zwischen den Zeilen wird das auch in den Erklärungen der SYRIZA deutlich: Ihr geht es nicht darum, die griechischen Schulden zu streichen – sie will über die Streichung der «unfairen» Schulden und über die Rückzahlungsbedingungen für den Rest verhandeln. Und sie will Mitglied der EU und der Eurozone bleiben. Eine «Linksregierung» unter der Führung der SYRIZA ist damit nur eine weitere Option für das Kapital, um seine Herrschaft auf andere Weise zu organisieren. Die KKE dagegen setzt darauf, die Bewegung der Arbeiterklasse, der kleinen Selbstständigen, der Bäuerinnen und Bauern und der anderen von der Abwälzung der Krisenlasten betroffenen Schichten weiterzuentwickeln. Damit diese Bewegung in die Lage kommt, eine wirkliche Alternative zur Herrschaft des Kapitals durchzusetzen.

Massenversammlung der KKE mit mehr als 100'000 Teilnehmenden.
Athen, 3. Mai 2012.

Appell für den Frieden

Wir veröffentlichen hier den «Appell für den Frieden in Syrien» der Kommunistischen Jugend der Schweiz. Jede Jungendliche, jeden Jugendlichen fordern wir auf, sich diesem Appell anzuschliessen und ihn weiterzugeben. Die Frage von Krieg und Frieden, von Bürgerkrieg und Einmischung darf uns nicht gleichgültig sein!

Wir, die diesen Appell unterzeichnen, wollen Frieden in Syrien und im Nahen Osten. Wir nehmen mit Bedauern die Eskalation des syrischen Konflikts zur Kenntnis und weisen auf die Rolle der Schweiz in dieser humanitären Tragödie hin.

Tausende Syrer und Syrerinnen wurden getötet, noch mehr in Schrecken versetzt. Die Gewalt eskaliert von Tag zu Tag und verringert die Chance auf eine friedliche, politische Lösung des Konflikts.

Der Dialog zwischen Regierung, Opposition und der Zivilgesellschaft ist die Voraussetzung, um die Gewalt zu beenden. Auch die Friedensanstrengungen der internationalen Gemeinschaft, einschliesslich des Annan-Plans, beruhen auf ihr. Doch wurden diese Anstrengung stetig unterlaufen. Die Waffenlieferungen an die Rebellen, die Hilfe im bewaffneten Kampf und die Kriegsrhetorik – allesamt von den westlichen Staaten, der Türkei und den Golfmonarchien ausgehend – zerstören jede Hoffnung auf Frieden.

Die Souveränität der Völker ist unantastbar. Nur die Syrer und Syrerinnen haben das Recht, die Lage in ihrem Land nach ihren Wünschen umzugestalten. Dennoch wird die Souveränität des syrischen Volkes nicht respektiert; das Völkerrecht wird gebrochen. Die Folgen sind klar: Die Destabilisierung Syriens und der ganzen Region.

Die Schweiz und ihre Waffenindustrie sind in die Konflikte des Mittleren Ostens involviert. Im Falle Libyens versorgte Katar die Rebellen mit Munition der

Waffen im Spielzimmer:
Bewaffnete Rebellen verschanzen sich in einer syrischen Primarschule. (Aleppo)

Ruag. Nach einer kurzzeitigen Aufhebung der Waffenlieferungen exportierte die Schweiz sofort wieder an Katar. Die offizielle Begründung der Schweiz für die Fortsetzung der Exporte: Das Land habe seine Fehler eingestanden.
Es wundert nicht, dass bei einem derart haarsträubenden Vorgehen auch heute Schweizer Waffen in einem Krisengebiet zum Einsatz kommen. Die Rebellen Syriens sind bestückt mit Schweizer Granaten – ebenfalls von der Ruag. Durch diese Verstrickungen macht sich die Schweiz mitschuldig an der Destabilisierung der Region.
Zur gleichen Zeit erhebt die Schweiz Sanktionen, die die Lage des syrischen Volkes noch verschlimmern und die Rebellen darin bestärken, weiter auf den Weg der Gewalt zu setzen. Auch hat das Departement für auswärtige Angelegenheiten ein Treffen der syrischen Opposition finanziert, das der Vorbereitung eines Regierungsumsturzes diente. Die Schweizer Regierung hat damit die Neutralität verletzt und jeden Einsatz für Frieden und multilaterale Lösungen unterminiert.
Die Einmischung in die inneren Vorgänge der syrischen Nation und die Unterstützung radikal-islamistischer Kräfte sind aber nicht die einzigen Gefahren für den Frieden. Es drohen Krieg und Intervention gegen Syrien. Offen spricht der französische Staatspräsident Hollande vom Krieg. Er stimmt damit ein in den Chor der Kriegshetzer und Interventionsfantasten. Eine derartige Militäraktion würde Syrien ins Chaos stürzen – wie dies eben mit allen Staaten geschah, die von Nato-Kräften angegriffen wurden.
Wir entgegnen dem mit einem entschiedenen Nein zu jedem militärischen Eingriff in Syrien. Ein Krieg wie jener gegen Libyen darf sich nicht wiederholen. Tausende Menschen fielen in Libyen den Nato-Bomben zum Opfer. Es zeigt sich, dass mit Waffengewalt nicht die Demokratie, sondern die Friedhöfe gefördert werden.
Vom Schweizer Bundesrat erwarten wir dasselbe. Konkret fordern wir:

1. Die Souveränität des syrischen Volkes strikt zu respektieren und jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Syriens als Bruch des Völkerrechts zu behandeln.
2. Die (Handels-)Beziehungen zu jenen Staaten abzubrechen, die die Souveränität Syriens missachten und eine Eskalation heraufbeschwören.
3. Die Rhetorik von Militärintervention und Krieg gegen Syrien als nicht hinnehmbare Kriegshetze zurückzuweisen.
4. Sich jeder Uno-Resolution entgegenzustellen, die den Druck auf Syrien erhöht und damit die Lage weiter anspannen könnte.
5. Die Sanktionen gegen das syrische Volk einzustellen.
6. Sicherzustellen, dass der schweizerische Luft- und Bodenraum nicht für militärische Zwecke gegen Syrien genutzt werden kann.
7. Alle Waffenexporte umgehend einzustellen.

Damit es eine Lösung ausserhalb von Gewalt geben kann, müssen die westlichen Staaten, muss die Schweiz in die Pflicht genommen werden. Wir verweigern uns der Logik der Eskalation und der Sprache des Krieges. Das Volk allein kann seine Herrscher dazu bringen, ihre Politik zu ändern. In diese Perspektive stellen wir unseren Appell für den Frieden und rufen zur Bildung einer breiten Friedensbewegung auf. Wir fordern nicht das Unmögliche; wir fordern den Frieden.

Warum dieser Appell?

Es vergeht kein Tag, an dem wir nicht neue Lügen über Syrien lesen, hören, sehen müssen. Der Schweizer Bevölkerung und der Schweizer Jugend wird vorgegaukelt, es ginge in Syrien um den Kampf einer (bis vor kurzem) friedlichen Bewegung um mehr Demokratie und gegen ein schreckliches Regime. Doch das ist eine Lüge.
Die, die das schreiben, wollen die Wahrheit vertuschen: Die Bewegung gegen den syrischen Staat war nie friedlich. Von Anfang an wurde in Syrien geschossen, stets waren die Rebellen gut gerüstet. Ihre Waffen und ihr Geld beziehen sie von den westlichen und den arabischen Staaten. Diese wollen zwar weder Frieden noch Demokratie, dafür würden sie Syrien aber umso lieber im Chaos versinken sehen - um ihre eigene Vorherrschaft in der Region zu sichern.
Um dieser Logik der Waffen etwas entgegenzusetzen, veröffentlicht die Kommunistische Jugend der Schweiz ihren Appell für den Frieden. Es gibt noch die, die mit aller Entschiedenheit für den Frieden einstehen!
Besucht unsere Homepage, unterzeichnet den Appell.
www.KommunistischeJugend.ch

Syrische Studierende der Tishreen Universität demonstrieren in Solidarität mit ihrer Regierung. Regierungschef Al-Assad ist bereit mit der Opposition zu verhandeln und stellt sich gegen fremde Einmischung in Syrien.

Keine friedliche Bewegung: Aufständische versorgen sich mit Munition in der syrischen Provinz Idlib. 4. Juli 2012.

Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?

Wenn sich Millionen junger Menschen auf der ganzen westlichen Welt plötzlich für einen Konflikt in einer abgelegenen Gegend von Afrika interessieren, lässt das aufhorchen. Geht es bei KONY 2012 wirklich um humanitäre Hilfe für unschuldige Kinder oder steckt mehr dahinter?

Du schaust das Filmchen an, klickst auf «share» und schon warst du politisch aktiv! Du kannst noch ein bisschen aktiver werden, wenn du ihre Fanartikel kaufst, aber am besten ist es, wenn du von deiner Regierung eine Militärintervention in Uganda verlangst. Das ist der politische Aktivismus des 21. Jahrhunderts! Was lässt sich nicht alles machen mit der Technologie von heute: Facebook-Revolution, Twitter-Opposition und jetzt die YouTube-Militärintervention. Und da will noch jemand behaupten, die Jugend sei nicht politisch.

Für alle, die hinter dem Mond leben oder Computer für ein Fremdwort halten: Es wird auf KONY 2012 angespielt, ein Filmchen, das im März dieses Jahres auf YouTube hochgeladen worden ist, dann «viral» wurde und binnen weniger Tage mehrere Dutzend Millionen «views» erhalten hat. Im Mittelpunkt von KONY 2012 steht der Gründer der humanitären Organisation «Invisible Children Inc.» (IC), Jason Russell. Dieser besorgte amerikanische Staatsbürger versucht seinem kleinen Sohnemann die Tätigkeiten seiner Organisation und die politische Lage in Uganda zu erklären. Es gibt da die Bösen – der Rebellenführer Joseph Kony und seine «Lord's Resistance Army» (LRA), und es gibt die Guten – die ugandische Regierung, die USA und auch du, die westliche YouTube-Konsumentin. Die Sache ist einfach erklärt: Kony ist ein religiöser Fanatiker – Messiaskomplex inklusive – der in Uganda den christlichen Gottesstaat errichten möchte und seit 30 Jahren die Bevölkerung in Norduganda, im Südsudan und in der DR Kongo terrorisiert und Kindersoldaten rekrutiert. Die ugandische Regierung konnte ihn bislang noch nicht schnappen. Also soll die selbsternannte Weltpolizei USA den Job übernehmen. In einem Satz zusammengefasst: Der weisse Mann muss mal wieder den unfähigen Afrikanerinnen aus der Patsche helfen. Die IC hatte mit ihrer Lobbyarbeit (anscheinend) bereits vor KONY 2012 einen Erfolg: 2010 schickte Friedensnobelpreisträger Barack Obama 100 US-Soldaten nach Uganda und in die umliegenden Länder, wo sie als Militärberater agieren und die ugandischen Streitkräfte bei der Bekämpfung der LRA unterstützen. Ist das nicht nett?

Öl in Uganda

Der Zeitpunkt ist interessant: Der britische Ölkonzern Tullow Oil hatte 2006 und dann 2009 grössere Erdölfelder im Nordwesten Ugandas entdeckt. Es

gäbe da also Rohstoffe auszubeuten. Während China schon ziemlich dick im Geschäft mit Uganda und dem restlichen Afrika steckt, hinken die USA ein wenig hinterher. Diese Gelegenheit dürfen sie sich also nicht entgehen lassen. Das drittgrösste Monopolunternehmen der Welt und der grösste US-Ölkonzern ExxonMobil haben deshalb bereits heftig in die Unternehmung investiert. Leider haben Tullow Oil und ExxonMobil dann aber die Förderrechte in Uganda an ihren französischen und chinesischen (!) Konkurrenten Total beziehungweise CNOOC verloren. Und wer ist schuld? Die korrupte ugandische Regierung um den neoliberalen Präsidenten Museveni. Es kommt also nicht ungelegen, wenn Obama ein paar Soldaten dorthin schickt, um die privaten US-Söldnerfirmen, die bereits seit einigen Jahren die Erdölfelder bewachen, zu unterstützen. Vielleicht braucht es dann ein bisschen weniger Überzeugungsarbeit, um den ugandischen Präsidenten umzustimmen.

Was in Afrika vor sich geht, liegt in der Regel abseits des Interesses der Öffentlichkeit. Und das bildet ein Problem für die USA. Afrika hat ein riesiges Potenzial, das wissen die Amerikaner. Um ihre ökonomischen Interessen – und das sind die einzigen Interessen, die im Kapitalismus zählen – zu sichern, brauchen sie dort eine starke Militärpräsenz. Das zuständige Projekt hierfür ist AFRICOM, das US-Einsatzkommando für Afrika. Wirtschaft und Militär sind sich einig, Afrika muss erobert und vor China geschützt werden. Es fehlt nur noch die Unterstützung der Politik. Das gestaltet sich etwas schwierig, da sie doch zumindest ein wenig von der Öffentlichkeit abhängt. Die US-Bevölkerung hat aber kein Interesse an Afrika! Es gilt sie also davon zu überzeugen, und was ist ansprechender als humanitäre Hilfe? In Libyen hat's schliesslich schon einmal geklappt. Im Gegensatz zu Gaddafi, der mit seinen Schrullen die Weltöffentlichkeit bereits auf sich aufmerksam gemacht hatte, kennt aber kein Schwein Uganda und noch viel weniger irgendwelche lokale Politiker. Es braucht also einen Buhmann. Man wählt also per Zufall ein mordendes, vergewaltigendes Scheusal aus den Dutzenden Mördern und Vergewaltigern der Region – viele davon werden von den USA unterstützt – und schon haben wir unseren schwarzen Mann: Joseph Kony. Und der muss nun berühmt gemacht werden.

KJ fordert!

Afrika wurde jahrhundertelang durch die Kolonialmächte ausgebeutet, die Bevölkerung versklavt und gedemütigt. Die ehemaligen Kolonien haben im letzten Jahrhundert zwar grösstenteils ihre formelle Unabhängigkeit erlangt, doch noch immer werden sie durch den Imperialismus gnadenlos ausgeplündert. Damit die afrikanischen Nationen sich selbständig und frei entwickeln können, fordern wir den Abzug jeglicher nicht-afrikanischer Truppen und die Auflösung der Militärbasen in Afrika.

Religion, Wirtschaft und Politik

Die Invisible Children Inc. wurde von christlichen Fundamentalisten gegründet und wurde/wird von christlich-fundamentalistischen Organisationen wie der «National Christian Foundation» gesponsert, die für konservative, schwulenfeindliche Politik einstehen. Da kann es einen nicht wundern, dass die IC die ugandische Regierung unterstützt, die die Todesstrafe für Homosexuelle einführen will.

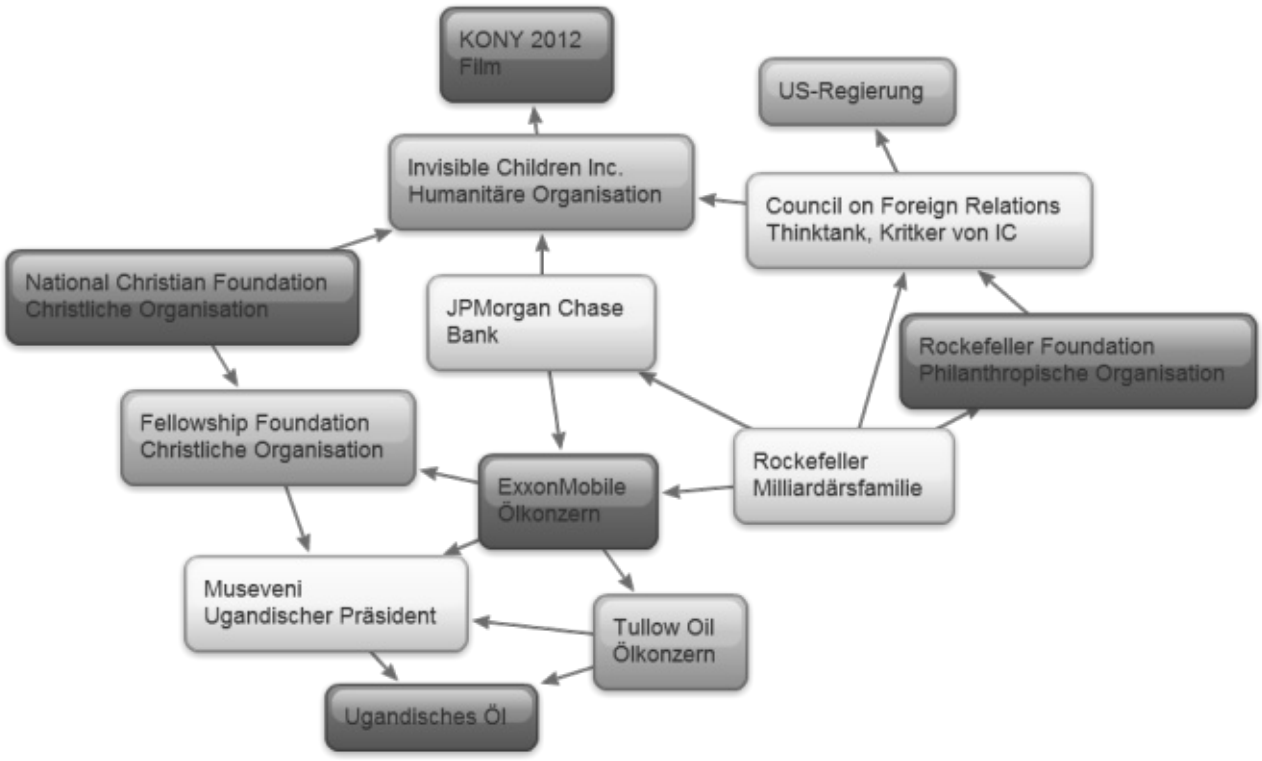
Nach ihrem durchschlagenden Erfolg im Internet bekam IC auch von einer anderen Seite finanzielle Unterstützung: Die grösste Bank der USA «JPMorgan Chase» spendete der Organisation eine Million Dollar. «JPMorgan Chase» ist eng mit der Rockefeller Milliardärsfamilie verwoben und steckt tief im Erdölbusiness, genauer mit «ExxonMobil», welche ebenfalls mit den Rockefellers im Bund ist. Diese Organisation, welche öffentlichkeitswirksam zur Militärintervention aufgerufen hat, wird also von der Erdölindustrie finanziert, die wiederum ein Auge auf das ugandische Öl geworfen hat. Diese humanitäre Organisation hat es geschafft, dass die US-amerikanische Jugend geradezu um eine Intervention in der öl- und ressourcenreichen Region bettelt. Aber der Hype um das YouTube-Filmchen ist doch ziemlich schnell wieder abgeflacht. Was ist da schiefgegangen? Das hat einerseits damit zu tun, dass politische Arbeit halt doch nicht nur aus Sharen und Liken besteht, dass sie länger dauert als dreissig Minuten. Nachhaltigen Erfolg hatte diese Aktion trotzdem; jeder kennt nun Kony und Militärinterventionen erscheinen wieder einmal als legitimes Mittel der humanitären Hilfe. Ein weiterer Grund für den Niedergang des Hypes war, dass sehr schnell Kritik an IC laut wurde. Weniger wegen ihrer Verknüpfung mit der Erdölindustrie, sondern erstens, weil Kony schon seit 2006 nicht mehr in Uganda ist und seine Miliz auf wenige Hundert Kindersoldaten ge-

schrumpft ist, und zweitens, weil die ugandische Regierung nicht kritisiert wurde, die genau dieselben Methoden und Brutalitäten wie Kony anwendet. Auch sie rekrutiert Kindersoldaten, mordet, plündert et cetera. Eine wichtige Rolle spielte die Kritik des «Council on Foreign Relations». Der Council hat einen grossen Einfluss auf die Aussenpolitik der USA – und wird von der Rockefeller Foundation finanziert. Die Kritiker sowie die Kritisierten werden also aus der gleichen Tasche, namentlich von der Rockefeller Familie, bezahlt. Wieso? Sehen wir uns die Kritik nochmals an: Es wird kritisiert, dass Ugandas Präsident Museveni und seine Armee für so ziemlich dieselben Verbrechen verantwortlich gemacht werden können, von Invisible Children Inc. aber ausgeblendet werden. Das heisst doch bloss, dass nicht nur für Kony, sondern auch für die ganze ugandische Regierung eine Militärintervention notwendig wäre, denn am Konzept der Intervention selber wird nicht gerüttelt. Mit einer Militärintervention in Uganda erhält nicht nur die US-Wirtschaft eine zweite Chance, ins ugandische Erdölgeschäft einzusteigen; mittels einer Invasion und der Installation einer Marionettenregierung (wie beispielsweise im Irak) könnte das US-Militär ihre militärische Präsenz in Afrika ausbauen und eine Zentrale für ihr Einsatzkommando AFRICOM an einer strategisch äusserst günstigen Lage einrichten. Das wurde ihnen von ganz Afrika verweigert – die Zentrale von AFRICOM steht in Stuttgart.

USA – unser aller Feind

Die Jugend im Westen weiss durch diese äusserst geschickte Manipulation nun also nicht nur, dass es einen bösen Mann namens Kony gibt, der Kindersoldaten rekrutiert, sondern – wenn sie die Sache weiterverfolgt hat – auch, dass die ganzen restlichen ugandischen Militärs Kinder und Jugendliche missbrauchen und dass ihren Altersgenossinnen am besten mit einer humanitären Intervention geholfen würde. Es gibt in der heutigen Gesellschaft, der kapitalistischen Gesellschaft aber keine humanitären Interventionen. Interventionen sind immer wirtschaftlich oder politisch motiviert. So war es im Irak und in Libyen und so wird es in Uganda sein. Dass die grösste Terrorbande der Welt USA heisst, wirst du aus keinem YouTube-Film erfahren. Über die 500'000 Kinder haben die USA im Irak abgeschlachtet. Darüber wird kein Film im Hollywoodstyle gedreht.

Taki, Zürich



Im Zentrum der Verstrickungen von Wirtschaft, Politik und Religion stehen der Erdölgigant ExxonMobil und seine Eigentümerin, die Milliardärsfamilie Rockefeller.

Wo sitzt der Teufel?

Bei Gesprächen am Stammtisch können die Fetzen fliegen, wenn es um den Iran geht. «Die Mollahs (islamische Geistliche) wollen die Atombombe», «die Juden leben im Iran in Todesangst», «der iranische Präsident will Israel vernichten», «die Wahlen dort sind eh alle gefälscht» das sind die gängigen Vorstellungen. Diese kommen nicht von Nirgendwo. Jeder von uns hat im «Blick am Abend» vom «Irren von Teheran» gelesen. Jeder scheint zu wissen: Der Teufel sitzt in Teheran. Gegen solche verzerrten Bilder soll die Textsammlung «Iran: Fakten gegen westliche Propaganda» Abhilfe leisten.

Ein Buch ist es nicht. Eine Broschüre auch nicht. Es liegt dazwischen. Eine Textsammlung verschiedener Autoren, Beobachter, Kritiker. Jürgen Elsässer, Publizist und linker Populist beginnt mit folgendem Satz: «Die Wahrheit stirbt lange vor dem Krieg, sonst gelänge es gar nicht, ihn zu entfesseln.» Und der Wahrheit verpflichten sich die sechs weiteren Autoren. Wahrheit über das vermeintliche iranische Atomwaffenprogramm. Wahrheit über die angeblichen iranischen Vernichtungsdrohungen gegen Israel und die Judenfeindlichkeit im Iran. Wahrheit über die scheinbare Fälschung der Präsidentschaftswahlen von 2009. Die Textsammlung ist informativ. Eine fünfseitige Chronik gibt Einblick in die vergangenen westlichen Einmischungen in den Iran. Akribisch wird jede offene oder verdeckte Einmischung aufgezählt und kurz beschrieben. Ein wichtiges Ereignis sei hier festgehalten: 1953, ein Putsch des britischen Geheimdienstes MI6 und der US-amerikanischen CIA stürzt den Ministerpräsidenten Mossadegh. Bevor Mossadegh geputscht wurde, hatte er die britischen Ölvorkommen im Iran verstaatlicht. Der Schah (König) setzt einen General an die Macht. Ein Terrorregime entsteht. Es hält bis 1979, dann kommt die Revolution des Volkes. Dies ist auch der Beginn der bis heute bestehenden Islamischen Republik.

Mobilmachung per SMS

Die Textsammlung analysiert, wie derzeit ein Krieg

gegen den Iran vorbereitet wird. Die Autoren bringen nicht nur neue Informationen. Sie liefern auch eine andere Sicht der Dinge. Die Rolle der neuen Medien wird angeschaut. Twitter und Handys sind Mittel, die in den Unruhen nach den Präsidentschaftswahlen von 2009 genutzt wurden, um den Iran zu destabilisieren. Thierry Meyssan erklärt die Abhörmöglichkeiten über Handys: «Während für das Abhören von Festnetztelefonen Abhörinstallationen angebracht werden müssen, es also Agenten vor Ort braucht, können Handys dank des Echelon-Netzes aus der Ferne abgehört werden.» Handys sind aber nicht nur zum Abhören gut. Sie wurden im Kampf gegen den Widerstand im Libanonkrieg genutzt, um die Organisationen des Widerstands anzuschwärzen. «Roboter haben Zehntausende von Anrufen auf Libanesische Handys gesendet. Eine Stimme warnte vor jeder Beteiligung am Widerstand.» Diese Methode wurde per SMS auch im Iran verwendet, wo schockierende Informationen von der CIA verbreitet wurden, «um die Bevölkerung zu manipulieren und die dadurch hervorgerufene Unzufriedenheit zu kanalisieren.» So verbreitete man 2009 auch, dass der oppositionelle Kandidat Mussavi die Präsidentschaftswahlen gewonnen habe. Eine Lüge. Darauf folgten die bekannt gewordenen Demonstrationen.

Der geplante Krieg

Am Schluss der Textsammlung wird das Augenmerk auf die Obama-Regierung und auf mögliche Kriegsszenarien gerichtet. Der Nahost-Berater von Obama, Michael Rubin wird erwähnt. Ein von ihm geschriebenes Papier skizziert die Politik Obamas gegenüber dem Iran. Zu den konkreten Vorschlägen gehört, «Iran zunächst bedingungslose Verhandlungen über sein Atomprogramm anzubieten – eine Lockerung der vorherigen US-Position, die von Teheran einen Stopp der Urananreicherung vor Gesprächsaufnahme verlangte. Falls Teheran ablehnen sollte, wird eine Seeblockade (einschliesslich Verminung iranischer Küstengewässer) und schliesslich ein mehrwöchiger Bombenkrieg empfohlen.» Am 1. Juli 2012 trat das Öl-Embargo in Kraft. Die EU hatte dies so entschieden, um den Iran weiter unter Druck zu setzen. Bis zu besagtem Datum sollten sämtliche Lieferverträge für iranisches Öl beendet werden.
Wir sind also mitten in Rubins (Vor)Kriegsszenario. Diese Textsammlung wurde 2009 veröffentlicht. Sie hat nichts an ihrer Aktualität nichts verloren.

Cyrille, Bern

Titel: Iran: Fakten gegen westliche Propaganda
Aus der Reihe: «Compact»
ISBN-10: 3-89706-414-6
ISBN-13: 9783897064140
Herausgeber: Jürgen Elsässer
Einband: Taschenbuch, 19 cm
Seitenzahl: 101
Sprache: Deutsch

Anzeige

Die (vor)letzte Seite. Du hast es also bis hierher geschafft. Und jetzt? Hier vier Möglichkeiten wie vier Schicksalspfade, die verheissungsvoll strahlend sich dir auftun:

1

Du findest uns scheisse und trauerst den Minuten nach, die du in diesem Heft verloren hast. Tja, Pech gehabt. Du mit uns; wir mit dir aber auch, denn da du dieses Magazin in der Hand hältst, wird dir einer von uns es wohl gegeben haben. Schade um's Papier. Trotz alledem hast du jetzt noch zwei Möglichkeiten:
(a) Du schmeisst das Heft weg. Ende, aus.
(b) Du schmeisst das Heft weg, willst dir aber noch eine Dreckschlacht mit uns liefern. Nur zu. Hier unsere Mailadresse: info@KommunistischeJugend.ch

2

Du findest uns scheisse, aber lustig, willst dir also auch die nächste Nummer noch antun. Dazu können wir dir nur raten. Möglich, dass wir mit der Zeit besser werden; möglich, dass du ein besserer Mensch wirst. Eins von beiden würde ja schon genügen, damit wir zusammen glücklich werden. Jetzt tust du Folgendes: Du schreibst uns an info@KommunistischeJugend.ch, meckerst und bestellst das nächste Heft. Fertig.

3

Du findest relativ lässig, was wir machen. Du bist ganz neugierig, was da noch so geht – mit diesem Magazin und der Kommunistischen Jugend allgemein. Wunderbar. Dazu können wir dir nur gratulieren und empfehlen dir, es Person 2 gleichzutun (bis auf den Teil mit dem Meckern…).

4

Wir haben dich überzeugt. Du willst nicht nur das Njet! haben, sondern gleich in der Kommunistischen Jugend mitmachen. You are fucking awesome! Also ab an den PC und an info@KommunistischeJugend.ch eine Mail geschrieben. Kommunismus +1

AUGUST

25/08 Bellinzona

Grosses Solidaritätsfest für Zentralamerika.

Vereinigung Schweiz-Cuba.

Ab 17:30 Uhr. Castelgrande.

Infos: www.cuba-si.ch

31/08 Bern

Fussballspielen mit der KJ Bern.

18 Uhr. Bahnhofstreffpunkt Bern.

Infos: info@KommunistischeJugend.ch

SEPTEMBER

07/09 Zürich

Filmabend «Abortion Democracy».

Dokumentarfilm zur gesellschaftlichen Entwicklung bezüglich des Schwangerschaftsabbruchs in Polen und Südafrika.

20 Uhr. Volkshaus

Infos: zuerich@KommunistischeJugend.ch

15/09 Zürich

Lärm und Sünde gegen reaktionäre Christen.

Christen marschieren gegen Frauenrechte auf.

Wir halten dagegen.

Auf zur Gegenkundgebung!

14 Uhr. Münsterhof.

Infos: www.KommunistischeJugend.ch

22/09 Bern

Halbjahresversammlung der KJ Bern.

10 Uhr. Brasserie Lorraine.

Infos: info@KommunistischeJugend.ch

22/09 Bern

Nationale Industriekundgebung.

Unia.

Metall-, Elektro- und Industriearbeiter kämpfen um ihren Arbeitsvertrag. Wir unterstützen sie und die Unia dabei.

Kommt an die Demo!

Infos: www.unia.ch

OKTOBER

20/10 Zürich

Klau dich frei!

Steuerbonus-Initiative fertig gesammelt.

Da braucht's 'ne Party!

Ab 20 Uhr.

Infos: zuerich@KommunistischeJugend.ch

NOVEMBER

02 - 04/11

Roter Oktober «Krieg und Frieden»

(Oktober nach Julianischem Kalender)

Zwei Tage Spass und Politik.

Anmeldung: info@KommunistischeJugend.ch

KOMMUNISTISCHE JUGEND

Du liest und du siehst: Wir sind Kommunisten und Jugendliche noch dazu.
Homepage der Deutschschweizer Kommunistischen Jugend: www.KommunistischeJugend.ch

Die Kommunistische Jugend ist in Sektionen organisiert. So weit wir können, wollen wir an jedem Ort präsent sein. Klar, dass eine so junge Bewegung wie die unsere das noch nicht immer schafft. In der Deutschschweiz sind wir insbesondere hier anzutreffen:

Sektion Bern: info@KommunistischeJugend.ch
Sektion Zentralschweiz: zs@KommunistischeJugend.ch
Sektion Zürich: zuerich@KommunistischeJugend.ch